
Protokoll

der Gemeinderatssitzung vom 16. August 2022, 19:00 Uhr – 23:30 Uhr,
Kultursaal Lenzerheide

Sitzungsteilnehmer/innen

Gemeinderat

Berther Roland
Blaesi Gian Carlo
Blaesi Thomas
Büchler Dominick
Candraja Edwin
Cantieni Renato
Cola Tanja (Vizepräsidentin)
Ginesta Sascha
Margreth Domenico
Messmer Christoph (Präsident)
Ott Kathrin
Parpan Paulin
Sigron Nicole
Vitali Michele
Weber Fabian

Gemeindevorstand

Malär Maurin
Fausch Beat
Margreth Kilian
Parpan Thomas
Paterlini Romano

Verwaltung

Bisig Edgar
Büchi Walter
Kräutl Andreas
Margreth Gian Reto
Pieren Markus

Protokoll

Jeanne Richenberger

Entschuldigt

Langenegger Stefan

Traktandum 1: Begrüssung

Christoph Messmer begrüsst die Anwesenden zur 6. Sitzung des Gemeinderates.

Traktandum 2: Leistungsvereinbarung Kultur am Pass

Anwesend vom Verein «Kultur am Pass» sind *Claudia Züllig* und *Fabian Bergamin*. *Claudia Züllig* führt durch die Präsentation. Zudem werden einige Unterlagen physisch abgegeben.

Christoph Messmer weist darauf hin, dass das Gemeinderatsmitglied *Roland Berther* gemäss Art. 11 Abs. 1 i.V.m. Art. 9 Abs. 1 der Verfassung der Gemeinde Vaz/Obervaz im Ausstand ist.

Maurin Malär, zuständiges Vorstandsmitglied, führt in das Geschäft ein: «Dem Vorstand ist es wichtig, dass mit der Leistungsvereinbarung der Kultur in der Region ein Gesicht gegeben wird. Die drei Gemeinden Churwalden, Lantsch/Lenz und Vaz/Obervaz haben kulturell viel zu bieten. Das Kultursekretariat soll als Hub dienen, das gemeinsame Gesicht sein. Finanziell halten sich die Mehrausgaben für die Gemeinde in Grenzen. Die regionale Kulturkommission und das Kultursekretariat werden aufgelöst bzw. fliessen, zusammen mit dem Betrag für Viva la Strada, in die Leistungsvereinbarung ein. Schlussendlich erhält der KaP CHF 6.000 mehr finanzielle Mittel, gleichzeitig wird aber auch das Pensum des Sekretariats von 20 auf 40% aufgestockt. Im Rahmen der Vereinbarung hat der KaP eine Holschuld, die Vereine aber auch eine Bringschuld. Der KaP spricht die entsprechenden Mittel und organisiert die Kommunikation. Der vorliegenden Leistungsvereinbarung wurde von den Gemeinden Churwalden und Lantsch/Lenz bereits zugestimmt.» *Maurin Malär* ergänzt, dass der 1. August weiterhin bei den Gemeinden verbleibe und nicht Teil der Leistungsvereinbarung sei. Organisiert – mit einem separaten Betrag von CHF 10'000 – werde der Nationalfeiertag weiterhin durch den KaP.

Christoph Messmer eröffnet die Eintretensdebatte.

Nicole Sigron wünscht, dass auf das Traktandum eingetreten wird. Sie habe noch einige Fragen hierzu und wünscht Erklärungen.

Christoph Messmer lässt über das Eintreten abstimmen. Auf das Traktandum wird einstimmig eingetreten.

Nicole Sigron fragt nach, ob CHF 5'000, die sich in der Leistungsvereinbarung befinden, frei verteilt werden können.

Maurin Malär bejaht dies. CHF 55'000 seien fix zu budgetieren, damit der Einsatz der Mittel kontrolliert werden könne. Hiervon CHF 5'000 könnten jedoch frei vergeben werden.

Nicole Sigron fragt nach der Kulturstrategie: «Wird der Leistungsauftragsgeber die Strategie vorgeben? Oder kann der KaP die Strategie selbst entwickeln? Und wie können die Kulturvereine hierbei mitwirken?»

Maurin Malär bejaht, dass dies ein guter Punkt sei. Die lokalen Kulturvereine müssten sicherlich an der Strategie mitwirken bzw. eingebunden werden. Durch den Einsitz der Gemeindevertreter werde Einfluss auf die Strategie genommen. Primär solle das bestehende Angebot sichtbar, gefördert und erlebbar gemacht werden. Hierfür sei der KaP das geeignete Gefäss.

Nicole Sigron fragt nach, was sich für die Kulturvereine ändert.

Maurin Malär präzisiert, dass die neue Ansprechperson der lokalen Vereine das Kultursekretariat sein werde. Die Events werden dem Sekretariat gemeldet. Dieses werde dann abklären, wie kommuniziert werden könne.

Nicole Sigron fragt nochmals nach, wer dann die Kontrolle über die Termine habe. Erfahrungsgemäss habe dies bis anhin nicht gut funktioniert.

Maurin Malär rechnet damit, dass dies künftig einfacher ist – da alles über das Kultursekretariat laufe und ein Ansprechpartner vorhanden sei. Die Kommunikation werde vollumfänglich durch das neue Kultursekretariat übernommen. Die Leistungsvereinbarung sei ein Pilotprojekt und deshalb auf drei Jahre befristet. Es müsse nun ausprobiert werden, wie sämtliche Bedürfnisse am besten abgedeckt werden können. Der Vorstand möchte das Ganze wachsen lassen.

Nicole Sigron bemängelt, dass es nicht spürbar gewesen sei, dass die lokalen Vereine gefördert wurden. Kommunikativ bestehe hier viel Nachholbedarf. Sie erhofft sich eine Verbesserung durch die Leistungsvereinbarung.

Maurin Malär hält fest, dass genau die Sichtbarkeit der Kultur das grosse Ziel der drei Gemeinden sei. Die Leistungsvereinbarung solle dies verbessern.

Gian Carlo Blaesi fragt nach, ob in den CHF 60'000 das Sekretariat enthalten sei.

Maurin Malär bejaht dies.

Gian Carlo Blaesi hält fest, dass die finanziellen Mittel eigentlich von der LMS AG kommen sollten. Dies müsse er noch loswerden. Nichtsdestotrotz werde er zustimmen.

Renato Cantieni erkundigt sich nach den Positionen im Vorstand. Die Steuerung sei wichtig. Er ist der Meinung, dass die zahlenden juristischen Personen die Mehrheit innehaben sollten. Auch die Wahl sei nicht klar.

Maurin Malär verweist auf das gemeinsame Vetorecht der Gemeinden gemäss Leistungsvereinbarung. Zur Wahl – vier Pflichtmandate, vier frei gewählte Mandate. Die Pflichtmandate müssten mit den frei gewählten Mandaten einverstanden sein.

Renato Cantieni fragt nach, wie viele Mitglieder der Verein denn habe. Der Vorstand sei sehr gross.

Fabian Bergamin antwortet: «Keine». Er weist auf die bestehenden Statuten hin, die, sofern die Leistungsvereinbarung abgeschlossen werde, angepasst werden müssten. Denn es werde eine breitere Basis benötigt. Das Mitgliederwesen sei ein wichtiger Pfeiler. Zudem gebe es die Präsidentenkonferenz, die alle Bedürfnisse der Vereine abholen wolle.

Claudia Züllig präzisiert, dass der KaP nicht da sei, um neue Projekte für andere Vereine umzusetzen – zur Unterstützung ja. Ein wichtiges Koordinationsinstrument hierfür sei die Präsidentenkonferenz – auch zur Abstimmung der Anlässe.

Nicole Sigron erkundigt sich nach der Präsidentenkonferenz, welche Vereine unterstützt werden – ob dies auch Sportvereine oder nur kulturelle Vereine seien.

Claudia Züllig antwortet, dass im Rahmen der Präsidentenkonferenz grundsätzlich alle Vereine, auch Sportvereine, miteinbezogen werden. Beispielsweise im Rahmen der Viva la Strada würden auch die Sportvereine eingeladen. Der KaP sei die Ansprechperson im kulturellen Bereich für jeden Verein.

Renato Cantieni möchte noch eine Rückmeldung zur Viva la Strada geben: «Es ist mir persönlich aufgefallen, dass eine Wurst CHF 9.50 gekostet hat, im Sternengrill Zürich CHF 8.00. Es soll nicht für Gewinnmaximierung gearbeitet werden.» Viva la Strada sei eine wichtige Visitenkarte.

Claudia Züllig nimmt hierzu Stellung: Es sei ein umfassendes Feedback eingeholt werden. Dies werde dann im Gesamtvorstand besprochen und für 2023 in die Strategie des 1. August und Viva la Strada einfließen. Züllig verweist zudem auf den Jahresbericht, der einen guten Überblick über die geleistete Arbeit gebe.

Nicole Sigron stellt den Antrag, dass nach zwei Jahren alle Vereine der Region eingeladen werden, um ein umfassendes Feedback einzuholen.

Maurin Malär findet dies einen guten Input. Auch aus budget-technischen Gründen sei dies ein sehr guter Zeitpunkt. Das werde so aufgenommen. Er schlägt jedoch vor, diesen Punkt nicht in die Leistungsvereinbarung aufzunehmen.

Renato Cantieni stellt den Antrag, dass die Organisation auf drei freie Mandate fixiert werden soll.

Claudia Züllig weist darauf hin, dass dies ein heikler Punkt sei. Im Moment habe sie das Präsidium, Fabian Bergamin, die Finanzen und Elisabeth Sigron die Nähe zur Gemeinde. Aber es fehle die Kulturkompetenz. Dies sei extrem wichtig. Deshalb drei bis fünf freie Mandate.

Renato Cantieni stört sich am Ungleichgewicht der Finanzierer und Nicht-Finanzierer. Die Frage sei, ob die Kulturkompetenz nicht anderweitig eingebracht werden könne.

Christoph Messmer weist auf das Vetorecht der Gemeinden hin.

Maurin Malär vergleicht die Situation mit der LMS AG und der LBB AG – auch da bestehe keine Entscheidungshoheit seitens der Gemeinde. Mit dem Vetorecht bestehe aber beim KaP diese Möglichkeit.

Renato Cantieni kennt das Vetorecht, hält es aber für heikel, dass das Vetorecht gemeinsam ausgeführt werden müsse. Wenn, dann müsse jede Gemeinde einzeln das Vetorecht haben.

Maurin Malär spricht eine mögliche Patt-Situation an.

Claudia Züllig möchte noch einen Hinweis zu den Finanzen geben: Der «Classic Corner» und «Hier ist Welt» sei auf eigener Basis finanziert worden, ohne Mittel der Gemeinde. Mit dem Beitrag aus der Leistungsvereinbarung werde niemals das gesamte Angebot des KaP abgedeckt. Der Verein verfüge auch über Mäzenen und Stiftungen, die einzelne Events unterstützen.

Michele Vitali sieht die Bedenken von Cantieni nicht. Im Verein seien die Freiwilligen, die agieren, nicht die Pflichtmandate.

Renato Cantieni fragt rhetorisch nach, ob ein Verein ausschliesslich aus Vorstandsmitgliedern bestehen müsse. Seiner Meinung nach eben nicht.

Antrag Cantieni: Die freien Mandate sollen auf drei fixiert werden.

Ja: 4

Nein: 10

Der Antrag wird abgelehnt.

Der Gemeindevorstand beantragt Ihnen, sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats, die vorgeschlagene Leistungsvereinbarung Kultur am Pass zu genehmigen.

Der Leistungsvereinbarung wird einstimmig zugestimmt.

Traktandum 3: Protokoll der Sitzung vom 24. Juni 2022

Dem Protokoll wird einstimmig zugestimmt.

Traktandum 4: Nachtragskredit Friedhof Zorten

Thomas Parpan, zuständiges Vorstandsmitglied, stellt zuerst die neu gebildete Friedhofskommission sowie deren Aufgaben vor. Anhand eines Plans erklärt er die aktuelle Situation der Friedhöfe Lenzerheide und Zorten. Parpan führt über zum Geschäft: «Analog zum Friedhof Lenzerheide weist auch der Friedhof Zorten einen lehmigen Boden auf. Dadurch ist die Verwesung des Inhaltes der Erdgräber nicht gewährleistet und eine Erdsanierung ist notwendig. Diese Sanierung der Erdgräber soll in den Herbst 2022 vorgezogen werden, damit im kommenden Jahr der geplante Urnenhain plus das Engelsgrab erstellt werden können.» Für den baulichen Unterhalt des Friedhofs Zorten seien im laufenden Jahr CHF 90'000 budgetiert. Hiervon abzuziehen sind je CHF 21'000 für die Teilausführung Begegnungsplatz sowie für den Unterhalt Allgemein. Es verbleiben somit CHF 48'000. Die Sanierung der Erdgräber belaufe sich gemäss eingeholter Offerte auf rund CHF 88'000. Folglich sei ein Nachtragskredit von CHF 40'000 notwendig.

Es wird einstimmig auf das Traktandum eingetreten.

Tanja Cola fragt nach, ob der Urnenhain erstellt worden sei.

Thomas Parpan verneint. Die neue Friedhofskommission habe festgestellt, dass dies nicht dringend sei, sondern die mangelnden Erdbestattungsgräber.

Der Gemeindevorstand Vaz/Obervaz beantragt Ihnen, sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates, dem Nachtragskredit zur Sanierung der Erdgräber Friedhof Zorten von CHF 40'000 zuzustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Traktandum 5: Totalrevision Personalverordnung (neu Personalgesetz)

Maurin Malär als zuständiges Vorstandsmitglied führt in das Traktandum ein: «Das bestehende Gesetz wurde 2006 erstellt. Seitdem wurden einzelne Anpassungen vorgenommen. Das heisst de facto, dass die Verordnung nicht mehr zeitgemäss ist. Heute wird dem Gemeinderat ein Paket vorgestellt, das aufeinander abgestimmt ist. Einerseits wird den Arbeitnehmern etwas gegeben, im Gegenzug verlangen wir als Arbeitgeber aber auch etwas – beispielsweise die Pause am Nachmittag und die automatische Stufenerhöhung. Letztere wird 2024 wegfallen – in der Botschaft steht in dieser Sache 2023. Denn da das Gesetz erst 2023 in Kraft tritt, kann auch erst auf die nächste Budgetphase die gesamte Stufenerhöhung leistungsorientiert umgesetzt werden.

Die gesamte Umsetzung ist sehr sportlich, aber wir geben Gas und werden es auch schaffen, wenn wir heute grünes Licht erhalten. Hierbei ist der Leistungskatalog für die leistungsorientierte Stufenerhöhung sehr wichtig – gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass die Lehrerschaft die Stufenerhöhung jeweils auf das neue Schuljahr erhält. Das neue Gesetz ist sicherlich ein Leuchtturmprojekt für eine moderne Gemeinde. Es wurde mit Weitsicht erstellt – Ideen in Bezug auf ein allfälliges Geschäftsführungsmodell sind bereits eingeflossen.

Die Zeit drängt – in diversen Bereichen gehen langjährige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen die nächsten fünf Jahre in Pension. Dementsprechend müssen Stellen neu besetzt werden. Damit wir ein attraktiver Arbeitgeber sind, benötigen wir ein entsprechendes Gesetz mit der entsprechenden Verordnung. Zudem sind wir von einem Fachkräftemangel betroffen. Der vorliegende Gesetzesentwurf wurde mit Abteilungsleiter, Verwaltungsausschuss und Vorstand diskutiert. Für die Attraktivitätssteigerung benötigt es Hard und Soft Faktoren. Mit diesem Gesetz gehen wir die harten Faktoren an. Die weichen Faktoren (Arbeitszeitmodelle, Benefits, Kompetenzen, Aufgaben Verantwortung) werden in der Verordnung geregelt.

Das Personalgesetz ist übergeordnet und bildet den groben Rahmen. Sollte das Gesetz angenommen werden, wird die Personalverordnung totalrevidiert. Details werden darin geregelt. Die Verordnung ist dann Sache des Vorstandes. Bei der Erarbeitung des neuen Gesetzes wurde die mögliche Einführung des Geschäftsführermodells miteinbezogen. So kann eine grössere Revision verhindert werden – sodass im Zuge eines Geschäftsführungsmodells lediglich nur noch kleinere Änderungen vorzunehmen wären.»

Eintretensdebatte

Christoph Messmer weist darauf hin, dass zuerst die Botschaft besprochen wird, danach die eigentliche Synopse des Gesetzes.

Roland Berther fragt nach, ob der Zeitpunkt für die Totalrevision der richtige ist.

Maurin Malär bejaht dies, dass, wenn das Geschäftsführungsmodell eingeführt wird, zahlreiche Regelwerke geändert werden müssen. Ein grosser Brocken – das Personalgesetz – wäre dann bereits erledigt.

Auf das Traktandum wird einstimmig eingetreten.

Christoph Messmer fragt nach, ob Fragen zur Botschaft vorhanden sind.

Gian-Carlo Blaesì würde die Personalverordnung nicht genehmigen. Dies sei in keinsten Weise eine Geringschätzung gegenüber dem Vorstand. Doch sein Bauchgefühl sage, dass die Zufriedenheit der Mitarbeiter so nicht erhöht werde. Früher hätten – mit der Werkgruppe – zwei Parteien existiert. Die Werkgruppe habe sich um touristische Angelegenheiten gekümmert. Dieses Konzept habe zu einem guten Qualitätsmanagement geführt. Nun habe er aber das Gefühl, dass die Gemeinde bzw. der Manpower mit den Grossanlässen überfordert sei. Zudem habe er das Gefühl, dass die Angestellten aktuell nicht zu schlechten Bedingungen angestellt seien. Ebenso hat Blaesì das Gefühl, dass auch einige Punkte im Rahmen des Personalgesetzes verschlechtert würden. Er werde deshalb die Totalrevision nicht unterstützen.

Sascha Ginesta fragt nach, ob die Punkte 5.2 und 5.3 in der Botschaft arbeitsrechtlich möglich sind.

Jeanne Richenberger bejaht dies.

Roland Berther findet den Ansatz des neuen Personalgesetzes mutig, gut und notwendig. Der Ansatz sei sehr gut, grundsätzlich müsse agiler auf wertschätzende Arbeit reagiert werden können – um auch gute Arbeitskräfte zu erhalten. Dort müsse man mit Ansätzen operieren – bis auf die unterste Basis. Berther schlägt in diesem Zusammenhang einen Team-Bonus vor. So wie dies auch in der Privatwirtschaft der Fall sei. Falsch findet er es, die Pausen zu streichen. Er stellt eine Fluktuation innerhalb des Personalbestandes fest, es sei auch schwierig, Personen zu rekrutieren – aus dieser Sichtweise sei es deshalb mehr als nötig, über die Bücher zu gehen.

Für *Kathrin Ott* sind 5.2 und 5.3 die Punkte, die auf keinen Fall gestrichen werden sollten, dies sei ein No-Go. In der Mitarbeitergewinnung, aber auch in der Haltung der Arbeitnehmer, sei sicherlich noch zu verbessern und die entsprechenden Massnahmen zu ergreifen. Ott verweist auf das Inserat Leiter/-in Werke – dies sei wenig ansprechend. Aber es gebe sicherlich noch andere Punkte.

Renato Cantieni verweist auf Punkt 3 der Botschaft, die wesentlichen Änderungen: «Die Erhöhung der Ferien von 20 auf 25 Tage Ferien. Dies sei der richtige Ansatz. Gleich untenstehend die Arbeitszeit – eine Reduktion von 42 auf 40 Stunden. Dies sei weit weg von der Privatwirtschaft. Aufgefangen werden soll dies durch Effizienzsteigerung – ja, hoffentlich! Aber nicht durch eine Stundenreduktion.

Dominik Bächler schliesst sich der Meinung von Cantieni an. Auch er befürwortet eine Erhöhung der Ferientage, spricht sich aber auch gegen eine Reduktion der Wochenstunden aus. Attraktiver Arbeitgeber werde man nicht durch geringere Arbeitszeit, wie dies bereits erwähnt worden sei. Zudem bezweifelt er den Betrag. Und gerade in einer Gemeinde, mit Steuerzahlern und der Gemeinderat als Vertreter der Steuerzahler - das würde wohl kaum akzeptiert werden. Besser sei es, mit anderen Benefits zu arbeiten – im Rahmen der Verordnung.

Roland Berther stösst sich an Punkt 4 der Botschaft, der möglichen Auslagerung. Da brauche es einen Grundsatzentscheid. Will man die Aufgaben intern, mit mehr Personal lösen, oder ist es besser, wenn ein Teil der Sachen eingekauft wird? Er spricht sich für Offenheit diesbezüglich aus.

Maurin Malär dankt für die Wortmeldungen. Es sei intensiv diskutiert worden, es seien viele Gedanken gemacht worden, im Verwaltungsausschuss und im Vorstand. Es brauche harte und weiche Faktoren. Nun liegen die harten Faktoren vor. Die Überlegungen des Vorstandes, die auch zu Diskussionen führte, ist die Work-Life-Balance. Das wurde so gewichtet, deshalb die 40-Stunden-Woche.

Edwin Candraja bezieht sich auf Punkt 5.2, die Streichungen der Pause. Aktuell sei das Wetter ziemlich heiss. Am Nachmittag wäre es doch wünschenswert, in den Schatten stehen zu können. Er regt an, die 15 Minuten beizubehalten.

Renato Cantieni greift nochmals das Thema Work-Life-Balance auf: Eine der Sparmassnahme sei ein Abbau der Aktivierungszeit im APH Altersheim. Er möchte eine Lanze brechen für die Bewohner des Altersheims, denn diese hätten nur noch eine Life-Balance. Die Aktivierung sei hierbei hoch zu gewichten. Im Sinne der älteren Generation sei deshalb auf eine Stundenreduktion zu verzichten.

Christoph Messmer führt nun über auf die Synopse und geht Artikel für Artikel des Personalgesetzes durch.

Sascha Ginesta stellt einen Antrag zu Artikel 6: Er ist etwas verwirrt betreffend «Mitglieder der Geschäftsleitung» und «Verwaltungsausschuss». So würde sich die Geschäftsleitung ja selbst wählen. Deshalb schlägt Ginesta folgende Formulierung vor: In Zusammenarbeit mit der Personalabteilung sind für personalrechtliche Entscheide zuständig:

- a. der Gemeindevorstand für die Mitglieder des Verwaltungsausschusses;
- b. der Verwaltungsausschuss für die Abteilungsleiter;
- c. Die Abteilungsleiter für die übrigen Mitarbeitenden;
- d. die Schulleitung für die Lehrpersonen.

Ginesta spricht sich für lit. c aus, da dem Abteilungsleiter die Zuständigkeit gegeben werden müsse. Dies mache die Stelle mit dieser Führungsverantwortung attraktiver. Zudem werde ja zusammen mit der Personalabteilung eingestellt.

Cantieni spricht sich gegen lit. c aus. Die Kündigung eines Mitarbeiters müsse auch mit dem Verwaltungsausschuss rückgesprochen werden – u.a. aufgrund der Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen.

Antrag Ginesta: In Zusammenarbeit mit der Personalabteilung sind für personalrechtliche Entscheide zuständig:

- a. der Gemeindevorstand für die Mitglieder des Verwaltungsausschusses;
- b. der Verwaltungsausschuss für die Abteilungsleiter;
- c. Die Abteilungsleiter für die übrigen Mitarbeitenden;
- d. die Schulleitung für die Lehrpersonen.

Antrag Cantieni: In Zusammenarbeit mit der Personalabteilung sind für personalrechtliche Entscheide zuständig:

- a. der Gemeindevorstand für die Mitglieder des Verwaltungsausschusses;
- b. der Verwaltungsausschuss für die Abteilungsleiter;
- c. Die Abteilungsleiter in Rücksprache mit dem Verwaltungsausschuss für die übrigen Mitarbeitenden;
- d. die Schulleitung für die Lehrpersonen.

Romano Paterlini weist darauf hin, dass die Formulierung "Geschäftsleitung" nicht benützt werden sollten, da dies noch nicht definiert ist.

Jeanne Richenberger weist darauf hin, dass in lit. a die Aufführung der Geschäftsleitung ein Fehler ist, lediglich der Verwaltungsausschuss sei definiert.

Christoph Messmer lässt über den Antrag Ginesta abstimmen.

Der Antrag Ginesta wird einstimmig angenommen.

Sascha Ginesta verweist im Rahmen des Antrags *Cantieni* darauf hin, dass dies genau die Attraktivität des Jobprofils nicht erfülle – die Führungskraft respektive Abteilungsleiter sollten auch diese Kompetenzen haben. Zudem werde ja nicht alleine entschieden, sondern immer in Zusammenarbeit mit der Personalabteilung. Der Verwaltungsausschuss sei zudem sowieso immer informiert.

Renato Cantieni ist der Meinung, dass eine Kündigung in Rücksprache mit dem Verwaltungsausschuss geschehen muss.

Sascha Ginesta weist darauf hin, dass alle personalrechtliche Entscheide betroffen sind.

Renato Cantieni bezieht sich erneut auf die gesetzlichen Vorgaben, die eingehalten werden müssen. Deshalb sei eine Rücksprache mit dem Verwaltungsausschuss notwendig.

Jeanne Richenberger weist darauf hin, dass die personalrechtlichen Entscheide in Zusammenarbeit mit der Personalabteilung genau die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben gewährleisten soll, wie dies in Artikel 6 festgehalten sei.

Renato Cantieni zieht seinen Antrag zurück.

Artikel 13: *Sascha Ginesta* meldet sich zu Wort: Hier sei der Verwaltungsausschuss zu berücksichtigen. Eine Freistellung sollte in Absprache mit dem Verwaltungsausschuss erfolgen.

Dominick Bächler verweist auf die Anstellungsinstanz – damit sei die Personalabteilung involviert. Dann sei dies geregelt. Für etwas gebe es ja auch die Personalabteilung.

Sascha Ginesta begründet seinen Antrag mit der grossen finanziellen Auswirkung. Das solle nicht nur der Abteilungsleiter allein entscheiden, sondern in Rücksprache. Eine Freistellung sei von grosser Tragweite für den Arbeitgeber. Für eine öffentliche Verwaltung sei dies zudem ein extremer Schritt.

Maurin Malär weist darauf hin, dass der Verwaltungsausschuss nicht über sich selbst entscheiden sollte.

Sascha Ginesta ist auch der Meinung, dass dies eine Instanz höher sein sollte.

Renato Cantieni bemängelt die Inkonsistenz dieses Vorgehens – da ja vorhergehend in Artikel 6 genau diese Kompetenz erteilt worden sei. Auch vorliegend sei die Personalabteilung involviert. Zudem hänge die Freistellung vom Arbeitsklima ab – und dies könne sicherlich der Abteilungsleiter am besten beurteilen.

Antrag Ginesta zu Artikel 13: Bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses nach den Bestimmungen von Artikel 10 und 12 entscheidet der Gemeindevorstand für die Mitglieder des Verwaltungsausschusses und der Verwaltungsausschuss für alle übrigen Mitarbeiter über eine Freistellung der Arbeitsleistung sowie über die volle oder teilweise Lohnzahlung.

Ja: 3 Stimmen.

Nein: 12 Stimmen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Artikel 17: *Renato Cantieni* regt an, dass die Telearbeit präzisiert wird, nämlich wie viele Tage wirklich möglich sind.

Artikel 25: *Sascha Ginesta* stellt den Antrag, die Lohnfortzahlung bei 90 % zu belassen: «Das Problem der Gemeinde ist, dass die Mitarbeiterinnen, die Mütter werden, in aller Regel nicht zurück in den angestammten Job können. Die Gemeinde hat gar nicht die Möglichkeit, Teilzeitpensen anzubieten. Wir können ja diese Frauen nicht in anderen Funktionen behalten.» Eine Lohnfortzahlung von 100 % sei ein Geschenk, der Anreiz jedoch ein

komplett falscher, solange nicht die Möglichkeit geboten werde, in den Job zurückzukehren. 90% seien bereits mehr als gesetzlich vorgeschrieben. Eine Lohnzahlung auf 100% erhöhe die Attraktivität nicht.

Antrag Ginesta zu Art. 25 Abs. 1: Lohnzahlung 90%.

Ja: 10

Nein: 5

Der Antrag wird angenommen.

Art. 29 Ferien: *Renato Cantieni* hält die fünf zusätzlichen Tage für den Verwaltungsausschuss für eine gute Sache. Dies solle aber die Überstunden kompensieren, demnach die Überstunden des Verwaltungsausschusses über diese zusätzlichen Ferientage abgegolten werden.

Jeanne Richenberger schlägt vor, diesen Punkt in die Verordnung aufzunehmen – da werde die Thematik Überstunden auch ausführlich thematisiert.

Christoph Messmer hält fest, dass kein Antrag zu Art. 29 besteht.

Maurin Malär fügt an und entschuldigt sich, dass dies nicht bereits vorher erwähnt worden sei: Artikel 25, die Anpassung von 90 auf 100%, dies sei eine Anpassung an die Lehrerschaft. Die Entschädigung seitens Lehrer sei hierbei kantonal und somit übergeordnet geregelt.

Renato Cantieni findet dies einen sehr wichtigen Punkt und stellt den Antrag, nochmals über Art. 25 abzustimmen. Die Gemeinde Vaz/Oberbaz sei ein Arbeitgeber, eine Ungleichbehandlung sei nicht tolerierbar.

Sascha Ginesta zieht seinen Antrag zurück. Art. 25 bleibt bestehen.

Sascha Ginesta fragt nach weiteren Abweichungen Lehrerschaft – übrige Mitarbeiter.

Jeanne Richenberger erwähnt den Unterschied der Stundenzahl – diese werde bei der Lehrerschaft in Lektionen bemessen, sowie die unterrichtsfreie Zeit und die Altersgutschrift.

Zu Artikel 30 stellt *Renato Cantieni* eine Verständnisfrage: Nun habe man doch Mutter- und Vaterschaftsentschädigung. Weshalb nun Art. 30 Abs. 1 lit. c.

Jeanne Richenberger erklärt, dass dies ein Geschenk sei. Es handle sich um zusätzliche Tage ausserhalb der Versicherungsleistungen.

Artikel 30 lit. c. – *Michele Vitali* findet diese zusätzlichen Tage sehr grosszügig. Er stellt den Antrag, Art. 30 lit. c zu streichen.

Nicole Sigron fragt nach, ob auch ein Adoptionsurlaub besteht.

Jeanne Richenberger verneint.

Antrag Michele Vitali: Artikel 30 Abs. 1 lit. c drei Tage für die Adoption. Der Rest sei zu streichen.

Ja: 9

Nein: 6

Der Antrag wird angenommen.

Michele Vitali spricht sich gegen eine Reduktion der wöchentlichen Arbeitszeit aus. Auf der Lenzerheide gebe es kaum einen Betrieb, welcher 40 Stunden anbiete. Zudem würde dies die Steuerzahler stören, wenn diese eine 40-Stunden-Woche zu finanzieren hätten.

Antrag Vitali Artikel 36 Abs. 1: 42 Stunden statt 40 Stunden.**Ja: 13****Nein: 2****Der Antrag wird angenommen.**

Gian-Carlo Blaesi redet dem Gemeinderat ins Gewissen. Es sei bekannt, dass in der Schweiz, in den öffentlichen Institutionen, der Personalbestand gewachsen sei. In der Schweiz habe es aber auch viele KMU. Diese hätten keine Chance, mit diesen Arbeitsbedingungen mitzuhalten. Und auch diese hätten Personalprobleme. Er hält die heute bestehenden Hygienefaktoren bereits für sehr gut, ein Aufstocken sei übertrieben.

Der Gemeindevorstand beantragt Ihnen, sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates, die vorgeschlagene Totalrevision des Personalgesetzes per 1. Januar 2023 mit den zuvor beschlossenen Änderungen in Kraft zu setzen.

Ja: 13**Nein: 2****Das Gesetz wird mit Änderungen angenommen.**

Maurin Malär dankt für die Zustimmung, es ist ein Leuchtturmprojekt: «Wir werden topmotiviert in die Erstellung der Verordnung gehen. So können wir die Gemeinde Vaz/Obervez als attraktive Arbeitgeberin positionieren.»

Traktandum 6: Cloud-Strategie / Schaffung einer neuen Stelle im IT

Maurin Malär führt als zuständiger Gemeindevorstand in das Thema ein: «Im Jahr 2020 hat der Vorstand beschlossen, eine neue IT-Strategie zu implementieren und wieder vermehrt Leistungen inhouse zu erbringen. Die heutige Infrastruktur entspricht nicht den Sicherheitsstandards. Aktuell ist eine Person angestellt, die sich primär um den First Level Support, Netzwerk, Firewall und unsere Hardware kümmert. Dies ist zu wenig, um die bereits 2020 beschlossenen Strategieziele zu erreichen und die anfallenden Aufgaben zu meistern. In einem ersten Schritt, wenn wir von Microsoft 365 sprechen, benötigen wir eine zweite Person, die uns unterstützt. Wenn dieses Projekt umgesetzt ist, sollen weitere Projekte, wie die Anbindungen von neuen Gebäuden an den Wärmeverbund, Trafos, interessierte Unternehmen oder andere Gemeinden, intern abgewickelt werden können. Es ist grundsätzlich mit tieferen Kosten zu rechnen, da weniger Arbeiten teuer extern vergeben werden. Ebenso ist der Back-Up intern gewährleistet. Eine Cloud-Lösung ist sicherlich State of the Art – wir arbeiten aktuell mit Office 2016. Office 2016 erhält kaum mehr Updates und ist nicht mehr zeitgemäss und sicher. Ein grosses Thema ist immer der Datenschutz. Hierzu ist zu sagen, dass Geschäftsfalldaten, dies sind sämtliche Kreditoren und Debitoren, wie auch Details zu Baugesuchen und Verträgen – bleiben in-house auf unseren Servern. Dies ist gewährleistet. Lediglich Normaldaten, also weniger heikle Daten, werden auf der Cloud gespeichert und auf den Microsoft Servern in Zürich und Genf gesichert. 2023 und 2024 werden die Kosten auf einem hohen Niveau sein, danach werden sie sich auf einem tieferen Niveau einpendeln. Wichtig ist, dass weitere «Kunden» mitgenommen werden könnten. Hierbei die Vision ist, dass eine eigene IT Abteilung vor Ort Leistungen anbietet, auch für LMS AG, LBB AG, und weitere Interessierte. U.a. ist auch die Gemeinde Lantsch auf Lösungssuche.»

Christoph Messmer lässt über das Eintreten abstimmen.

Auf das Traktandum wird einstimmig eingetreten.

Gian-Carlo Blaesi ist wenig begeistert. Erstens werde von CHF 100'000 gesprochen, dies sei kaum realistisch. Und die ganze Cloud-Geschichte, der Stand der Technik, dies sei auch ein Diktat der Technik. Ihn stört, dass die Gemeinde etwas alleine macht. Da sei auch der Kanton gefordert, Synergien seien zu nutzen, bevor proaktiv zu agieren sei. Nun werde übereilt gehandelt.

Roland Berther ist der Meinung, dass es mehr als Zeit ist, die IT-Infrastruktur zu überdenken. «Wie der Gemeindepräsident bereits erwähnt hat, ist das vorhandene Material nicht State of the Art. Das geht mit einer horrenden Geschwindigkeit voran. Es ist heute üblich, eine Cloud-Lösung zu wählen.» Für ihn wichtig ist, dass

die Daten wirklich in der Schweiz bleiben. Heute könne man auch mit sensitiven Daten durchaus in die Cloud. Berther bezweifelt ebenfalls, dass CHF 100'000 für eine neue Stelle genügen. Aber er sei sich zu 100% sicher, dass sich eine zusätzliche Person rechne.

Edi Bisig stimmt Berther zu und erläutert: «Eigentlich müsste alles in die Cloud gestellt werden. Nur äusserst sich keine Partei dazu, ob alle Daten in die Cloud gestellt werden können bzw. dürfen. Zudem als Grössenordnung – aktuell haben wir 55 virtuelle Server, allein die Werke haben 23 Stück. Zudem haben wir 93 Switches verbaut. Das ist eine riesige Infrastruktur, die wir betreiben. Und ja, wir können weiterhin externe Anbieter nehmen. Aber da sind die Stundenansätze enorm. Wir sind bereits jetzt daran, die Firewall zu installieren. Es muss alles sauber abgegrenzt werden. Heutzutage möchte ich nicht dastehen und sagen, dass wir keinen Zugriff mehr auf unsere Server haben.» Bisig spricht sich für die Stellenschaffung und zum Projekt M365 zum jetzigen Zeitpunkt aus. Gespräche mit LMS und LBB seien bereits aufgenommen worden. Die Infrastruktur der Gemeinde könne auch von anderen genutzt werden. Wenn jetzt nicht mitgemacht werde, leide die Effizienz beim Arbeiten, warnt Bisig.

Roland Berther ist überzeugt, dass sich diese Strategie mittelfristig auszahlt. Zudem – auch im Zusammenhang mit dem Personalgesetz und Homeoffice – dies mache die Arbeit agiler und flexibler. «Das rechtfertigt 100%ig, dass wir hier mehr Leute einstellen.» Berther fragt nach, was die aktuelle Infrastruktur kostet, die noch erneuert werden muss.

Edi Bisig antwortet: «Wenn wir die Server für die nächsten 5 Jahre erneuern, kostet das CHF 230'000. Irgendwann in Zukunft kann wohl auf diese Server verzichtet werden.»

Gian Carlo Blaesi fragt nach, wie dies personell zu lösen sei. Zwei Leute, die durch die Gemeinde angestellt sind. Wenn sich aber viele anschliessen würden, könne dies auch ein Geschäftsmodell sein.

Michele Vitali hält zwei Leute für eher wenig. Mittelfristig laufe die Entwicklung auf mehr Personen zu. Und wenn IT inhouse vorhanden sei, sei die Ersparnis riesig. Und wenn von Attraktivität der Arbeitgeber gesprochen werde – eine moderne IT-Infrastruktur sei wichtig.

Roland Berther bringt die Sicherheit ein: «Um einen Betrieb freizuschalten, um die Abwehr sicherzustellen – hierfür werden Leute gebraucht.»

Fabian Weber fragt nach der Anzahl Clients.

Edi Bisig beantwortet: 70 Clients mit Hardware, aber ohne Lehrer und Schüler.

Der Gemeindevorstand Vaz/Obervaz beantragt Ihnen, sehr geehrter Herr Gemeinderats-präsident, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates, die zusätzliche IT-Stelle und die Cloud-Strategie zu genehmigen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Traktandum 7: Schaffung einer neuen Stelle im Sportzentrum

Beat Fausch, zuständiges Vorstandsmitglied, erläutert das Geschäft: «Im Frühling hat eine Sitzung mit Andreas Kräutl, Leiter Sportzentrum, und Jeanne Richenberger, Personalverantwortliche, stattgefunden. Hierbei hat Kräutl auf das Problem aufmerksam gemacht. Nämlich, dass ein massives Sicherheitsproblem besteht, da die Bademeister multifunktionell angestellt sind. So kann die gesetzliche Aufsichtspflicht nicht erfüllt werden. Auch anlässlich des Audits der GPK vom Juni wurde die Personalsituation analysiert und besprochen. Richenberger und ich haben das Anliegen geprüft und nicht zuletzt auch aufgrund der vorhandenen Überstunden entschieden, eine zusätzliche Stelle Bademeister zu beantragen. Diese kostet brutto rund CHF 85'000. Das Anliegen wird vom Gesamtvorstand unterstützt.» Fausch führt aus, dass ein Vergleich der Stellenprozente mit vergleichbaren Anlagen im Kanton Graubünden zeige, dass das Sportzentrum mit 920 Stellenprozente über am wenigsten Stellenprozente verfüge, obschon auch die Eishalle zu bedienen sei. In Bezug auf die Gästefrequenzen sei das Sportzentrum seit Jahren vergleichsweise gut unterwegs. Wenn man die Jahresrechnungen betrachte, weise das Sportzentrum Lenzerheide zudem auch das tiefste Defizit auf. Aus den oben geschilderten Gründen, vor allem aber auch aus Haftungsgründen, bittet Fausch – mit der Nebenbemerkung, dass der Personalbestand seit Jahren nicht erhöht worden ist - die geschätzten Mitglieder des Gemeinderates, die zusätzliche Stelle per 1. Januar 2023 zu bewilligen.

Christoph Messmer eröffnet die Eintretensdebatte.

Dominick Büchler zeigt sich erstaunt. Bereits im Frühling habe man von der Situation erfahren, komme aber erst jetzt. Wenn das Problem so gross sei, müsse man blitzartig reagieren. Und wieso seien die Informationen des Audit nicht beigelegt worden? Er als Gemeinderat möchte diesen Bericht gerne noch sehen.

Beat Fausch merkt an, dass der GPK-Bericht erst vor zwei Tagen eingetroffen sei. Zur ersten Frage übergibt er an Andreas Kräutl.

Andreas Kräutl begründet das Vorgehen mit massiven Überstunden, welche die Sicherheit bis anhin gewährleistet haben. «Für die Sicherheit der Gäste ist dies jedoch auch kein Nutzen – denn ist die Person nach dieser Zeit noch reaktionsfähig?» Zudem habe die Gästefrequenz um 25 % zugenommen, auch in der Eisbelegung existiere keine Zwischensaison mehr. Diese Mehrstunden werden aktuell vom alten Personalbestand abgedeckt. Das Problem sei erst relativ spät ersichtlich gewesen, da 2020 und 2021 der Betrieb nicht normal war. Die ganze Wucht sei erst diesen Frühling erkennbar geworden.

Roland Berther ist irritiert: «Wir sprechen hier von 800 Stunden Überzeit.» Er bezweifelt, dass dieser Übergang in dieser kurzen Zeit entstanden ist. Aber wenn man sehe, dass ein Defizit bestehe, müsse dies zeitnah geschehen. Dann sollten die Leute nicht an den Anschlag gebracht werden. Diese Entwicklung hätte man vorhersehen sollen, gerade wenn dies auf Kosten der Sicherheit gehe.

Renato Cantieni hält die Argumente grundsätzlich für schlüssig. Jedoch würden die Informationen zu den Überstunden fehlen. Und jetzt müsse der Gemeinderat innert kürzester Zeit entscheiden, das sei relativ schwierig. Die Entscheidung sei von grosser Tragweite und benötige die entsprechende Entscheidungsgrundlage.

Thomas Blaesi findet es sehr wichtig, zu wissen, wie die künftige Strategie aussieht.

Beat Fausch will die beiden Themen nicht vermischen: «Hier geht es um die Sicherheit, es ist eine Sicherheitsfrage.»

Dominick Büchler geht es nicht um die Person. Er schaut sich den Zahlenvergleich an. Aber wenn der Bademeister 100 % auf seinem Bereich arbeiten würde, hätten wir kein Problem. Das Problem sei eher, dass der Bademeister noch Eismeister sei. Hierbei handle es sich um ein strukturelles Problem. Wie sehe das Konzept aus? Deshalb wäre es super, die Informationen vorgängig zu erhalten. Aber er wisse ja nicht, was die Auswirkungen seien.

Andreas Kräutl möchte unterscheiden zwischen dem wirklich essenziellen Problem des Bademeisters. Die Strategie gehe viel weiter – nämlich wie man das Sportzentrum betreiben wolle. Die beantragte Stelle diene wirklich dazu, die Sicherheit zu gewährleisten.

Gian-Carlo Blaesi spricht sich dafür aus, eine Lösung zu finden. Die aktuelle Situation sei gefährlich. Aber grundsätzlich spazierte man auf hohem Niveau mit der Infrastruktur. Es gebe so viele Sachen, mit denen man sich freizeitmässig betätigen könne. Das konkurrenzieren sich auch. Um jetzt eine Lösung zu haben, spricht sich Blaesi dafür aus, zwei Vormittage das Bad zu schliessen.

Beat Fausch will den Betrieb aufrechterhalten. Sicher könne man über die Öffnungszeiten diskutieren. Das werde Einzug in das Strategiepapier finden. Aber jetzt gehe es um die Sicherheit.

Giovanni Olgati, Mitglied der Geschäftsprüfungskommission, erläutert das Problem mathematisch: Pro Tag sei das Bad rund 0,4 Tage nicht besetzt. Es sei klar, dass unter diesen Umständen die Versicherung wohl nicht bezahlen werde. Es müsse etwas gemacht werden.

Michele Vitali ist der Meinung, dass es schlussendlich dennoch eine Strategiefrage sei. Er sei schon häufig um 22 Uhr im Hallenbad gewesen und niemand sei dann anwesend. Es stelle sich die Frage, ob es eine Person mehr brauche oder optimiert werden könne. Anstatt die Haltung, «wenn ich eh Verlust mache, eine zusätzliche Person reinstellen».

Beat Fausch erläutert, dass es beides brauche. Die 920 Stellenprozente seien im Vergleich gering. Aber klar könne man immer optimieren.

Michele Vitali ist der Meinung, dass das Problem ja schon immer bestanden habe. Nur sei es vorher nie ein Problem gewesen. Ihm fehle die Informationsgrundlage, um eine gute Entscheidung zu treffen

Tanja Cola benötigt einen Rahmen, der zeige, wohin man wolle. Die Vorstellung, dass etwas passiere, da wolle sie gar nicht weiter daran denken. Die Stelle solle schon geschaffen werden. Und trotzdem – sie möchte wissen, wie der Betrieb denn weitergeführt solle. Zudem verwirre sie dieser Allrounder.

Andreas Kräutl erläutert, dass das klar getrennt sei. Dass der Bademeister für die Sicherheit zuständig sei.

Gemäss *Tanja Cola* sei dies nicht klar aus der Botschaft ersichtlich.

Gian-Carlo Blaesi spricht sich dafür aus, heute Abend eine Lösung zu finden. «Wenn wir niemanden finden, müssen wir dann halt schliessen. Dann schreiben wir die Stelle aus.» Aber als Gemeinderat sei er der Meinung, der Apparat sei überspitzt. Dieser sei zu reduzieren, es benötige gar nicht so viel Angebot, das konkurrenzieren nur.

Beat Fausch hält es für dienlich, eine Führung durch das Sportzentrum zu veranstalten. Dies sei angedacht, wenn das Strategiepapier stehe. Aber der Bademeister sei jetzt ein relativ akutes Problem.

Thomas Blaesi ist der Meinung, dass sich die Situation so schwierig gestaltet, da der Betrieb keinen Ertrag erwirtschaftete. Deshalb existiere auch keine Strategie. Jetzt jemanden anzustellen verbessere die Situation nicht. Er würde das Thema zurückstellen. Und nochmals mit einer anständigen Botschaft und Strategie den Antrag stellen. Das jetzt sei nur eine Flickerei, die nichts bringe.

Roland Berther betont, dass ein Sicherheitsproblem vorhanden sei. Keine Diskussion, die Person müsse her. Das koste CHF 85'000 und sei eine Lappalie. Eine Strategie müsse aber her.

Nicole Sigron schliesst sich *Roland Berther* an: «Wenn wir den Antrag ablehnen, müssen wir die Öffnungszeiten anpassen. Das muss man sich überlegen, wenn der Antrag zurückgestellt. Das Sportzentrum ist defizitär, aber auch ein Service Public für uns alle. Deshalb müssen wir den Antrag annehmen und dann weiterschauen mit der Strategie.»

Michele Vitali fügt an, dass sich wohl alle einig seien, dass der Bademeister benötigt werde. Was ihn aufrege, sei, dass jetzt das Messer am Hals sei. Das störe ihn. Man komme rechtzeitig und mache etwas Richtiges.

Maurin Malär weist darauf hin, dass vier neue Vorstandsmitglieder ihre Tätigkeit aufgenommen haben. Das benötige Zeit. Zuerst müsse sich ein Bild gemacht werden.

Thomas Parpan schliesst sich *Maurin Malär* an. Heute gehe es darum, die Sicherheit abzudecken. Er fände es nicht ganz fair, dass auf dem Strategiepapier rumgehackt werde. Das Hauptproblem sei jetzt die Sicherheit, die Strategie werde noch folgen. *Parpan* bittet, die Person einzustellen.

Renato Cantieni stellt nicht in Frage, dass eine Einarbeitungszeit seitens Vorstand benötigt wird. Aber er findet die Grundlage des Entscheides schwierig. Auch gegenüber dem Volk, dass der Gemeinderat vertrete, müsse er sich einlesen können. Das Paket zur Entscheidungsgrundlage müsse vorher vorhanden sein.

Dominck Büchler schliesst sich *Cantieni* an. Ein Konzept könne innerhalb eines Monats erstellt werden.

Romano Paterlini weist auf einen Aspekt hin, der noch nicht erwähnt wurde: «Die Einzeleintritte werden erhöht. Die Stelle wird folglich gegenfinanziert. Zudem hat der Vorstand das Geschäft auf derselben Datengrundlage entschieden. Wir sind mit gutem Gewissen hier und überzeugt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir sind deshalb nicht dafür, dass dies neu traktandiert wird, verknüpft mit einem Konzept.» *Paterlini* bittet den Gemeinderat, die Stelle zu bewilligen. Ansonsten bestehe ein gewisses Restrisiko.

Christoph Messmer lässt gemäss Art. 27 der Geschäftsordnung der Gemeinde Vaz/Obervaz über eine Rückweisung abstimmen.

Ja: 8

Nein: 7

Das Geschäft wird zurückgewiesen.

Traktandum 8: Antwort zum Postulat Tempo 30

Thomas Parpan, zuständiger Gemeindevorstand, führt kurz in das Thema ein.

Walter Büchi, Leiter Bau, erläutert die Antwort zum Postulat anhand einer Präsentation.

Fabian Weber dankt für die Ausführungen und die Beantwortung. Er ist etwas erschrocken über die detaillierten Berichte, die mitgeliefert worden sind. Da drin sei auch ganz klar beschrieben, was der Bedarf innerhalb der Gemeinde sei. Das fände er gut, er habe dies mit Vergnügen gelesen. Es sei genau das, was wer gewollt habe. «Meine Frage innerhalb des Postulats war, ob es Sinn macht, das ganze Gemeindegebiet in einem Schritt auf Tempo 30 umzustellen.»

Walter Büchi hält dies für die Frage, die sich grundsätzlich stellt: «Gerade in Lain, Muldain, Zorten – wie schnell wird da gefahren. Was bringt dies? Gerade in Lain gibt es viele Strecken, wenn 30 gefahren wird, dies verantwortungslos ist. Trimmis, als Beispiel, hat keine Zone 30 eingeführt, weil die Überlegung gemacht wurde, dass dann 30 und somit zu schnell gefahren wird.»

Gian-Carlo Blaesi spricht sich für Tempo 40 aus, als Kompromiss. Und auf der Voa Principala nur saisonal. Diese Geschwindigkeitsbeschränkung habe auch mit Qualität zu tun.

Walter Büchi antwortet, dass Tempo 30 oder Tempo 40 saisonal gemäss Kantonspolizei nicht in Frage komme. Zudem sei ausserhalb der Siedlung Tempo 30 ebenfalls kein Thema.

Roland Berther zeigt sich überrascht, da in Bezug auf die Seestrasse der Variante 3.1 gefolgt werde. Was seien da die Überlegungen? Variante 3.5 sei doch einiges attraktiver.

Gemäss *Walter Büchi* war die Kantonspolizei im Rahmen einer Begehung der Meinung, dass die verschiedenen Varianten nicht funktionieren. Die Seestrasse selbst werde sich schwierig gestalten.

Roland Berther regt an, dass die Seestrasse ausgereizt werden solle, dass der Vorschlag 3.5 anzuschauen sei.

Walter Büchi erläutert, dass auch hier die Saisonalität ein Problem sei: Im Winter grosser Busverkehr, im Sommer Ausweichverkehr.

Tanja Cola hat eine Frage zur Umsetzung: «Geht dies direkt von der Gemeinde an den Kanton oder noch vor das Volk?»

Walter Büchi: «Das Geschäft muss grundsätzlich nicht vor das Volk.»

Traktandum 9: Antwort zum Postulat Cantieni

Maurin Malär ergänzt die schriftliche Antwort des Vorstandes: «Der Weg ist, die Lenzerheide als Eventdestination zu etablieren. Der Vorstand bekennt sich mit Nachdruck zum eingeschlagenen Weg der Events und will diese Strategie weiterfahren. Dabei gilt das Hauptaugenmerk auf Qualität anstatt Quantität und orientiert sich am Destinationsmasterplan. Grundsätzlich müssen Events eine nachhaltige Wirkung in den ökologischen, sozialen und ökonomischen Bereichen bringen. Beispielsweise wiederkehrende Events, Wertschöpfung für das heimische Gewerbe sowie Bau von Infrastrukturen, welche auch der breiten Öffentlichkeit und somit der Bevölkerung etwas bringen. Diese Liste lässt sich endlos verlängern. In diesem Zusammenhang wird aktuell als Massnahme aus dem Destinationsmasterplan die Eventstrategie durchleuchtet und geschärft. In dieser Diskussion wird der Fokus auf die Finanzierung, die Gemeindeleistungen, die Eventbeurteilung, die Nachhaltigkeit und die Anzahl Events gelegt. Die Destinationsstrategie wird gemeinsam mit den Gemeinden Churwalden und Lantsch/Lenz sowie der LMS ausgearbeitet um breit abgestützt sein. Das sichert langfristige Projekte. Zudem ist die Strategie von den Grossanlässen nicht überflüssig, da diese zu 100% von nationalen und international Verbänden abhängig sind. Diese Verbände vollziehen zurzeit einen Umbruch (FIS-Strategie, UCI-Rechteinhaber). Um Grossevents in der Lenzerheide durchführen zu können sind die Events auf diese Verbände angewiesen. Sie sind die Vergabeinstanz.»

Renato Cantieni bedankt sich für die Beantwortung. Für ihn fehlen die Angaben, was genau bei den einzelnen Organisationskomitees gearbeitet wurde. Was werde gemacht, um sich aufzudrängen? Was sei da geplant?

Maurin Malär verweist darauf, dass es den internationalen Verbänden wichtig sei, wer zahle. Denn wer zahle, der bekomme etwas. Als Beispiel nennt Malär FIS und China. Das Geld sei sicherlich ein wichtiger Faktor. Die Strategie sei schon langfristig in die Kalender zu kommen – und deshalb werde der Qualitätsansatz verfolgt.

Thomas Blaesi erläutert, dass das Postulat eingereicht worden sei, damit der Gemeindevorstand mit den betreffenden OKs spreche und diesen klar gemacht werde, dass hinter ihnen gestanden werde. Da müsse mehr Fleisch an den Knochen. Das Postulat habe ein Minimum bewirken wollen, damit die OKs befragt werden, ob eine Strategie bestehe. Das sei vorliegend ungenügend gelöst. Die Aussage, dass nur das Geld zähle, die stimme so nicht. Aktuell würden Leute geschickt, die wir nicht kennen. Mit diesen hätte gesprochen werden sollen. Das sei nicht passiert, das sei nicht ideal.

Renato Cantieni erkundigt sich, wie der Punkt, die Strategie bei den OKs abzuholen, umgesetzt wird.

Maurin Malär verweist auf die anhaltenden Gespräche mit Biathlon. Mit dem UCI sei ebenfalls gesprochen worden. Die Situation bei Bike, mit dem Wechsel zu Discovery, sei unklar. 2023 sei Lenzerheide im Kalender, 2025 werde sicherlich schwierig. Zudem habe die Destination mit der Biatholon-WM auch noch ein Mammut-Programm vor sich. Es seien die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Events beibehalten werden können.

Christoph Messmer weist darauf hin, dass ein Event, der noch nicht beliebt ist, auf der Lenzerheide professionell aufgezogen wird und dann wieder weggenommen wird. Das sei das Problem. Das sei auch die Idee des Postulats gewesen – eine Position im Kalender zu erhalten. Es sei einfach unseriös, zur Bevölkerung zu gehen und dann zu sagen, wir zahlen jetzt, aber wir sind nicht sicher, ob in den Folgejahren die Events wieder stattfinden.

Gian-Carlo Blaesi merkt an, dass Marketing auf vielfältige Art betrieben werden könne. Ob die Grossanlässe das Einzige seien, um die Lenzerheide interessant zu machen? Wenn man eine Volksabstimmung abhalten würde, mit diesen Events, das würde wohl abgelehnt werden, ist Blaesi der Meinung.

Thomas Blaesi fügt an, dass wenn man auf der Flughöhe Biken, Wandern, Ski agieren wolle, dann müssten auch gute Ideen vorhanden sein, auf diesem Niveau weiter zu arbeiten. Wenn der Bike Weltcup nicht mehr da sei, dann müssten ganz gute Ideen vorhanden sein, um auf diesem Niveau weiter zu arbeiten. Ruhe und Langsam sei kein gutes Geschäftsmodell um Geld zu verdienen. Die Lenzerheide habe so viel investiert – nun knicke man ein.

Traktandum 10: Varia

Maurin Malär, Gemeindepräsident: «Die Botschaft Altersheim wird am 28. Oktober 2022 im Gemeinderat traktandiert, ebenso der Schlussbericht Parzelle Valbella und die Zukunft Bibliothek. Ein positives Fazit kann in Bezug auf das Feuer- und Feuerwerksverbot gezogen werden – die Kommunikation erfolgte in Zusammenarbeit mit der LMS AG und den anderen Gemeinden. Das Präsidium bringt zudem dem Gemeindeführungsstab auf den aktuellen Stand. Die Verhandlungen in Bezug auf Biathlon WM laufen nach wie vor. Edi Bisig, Leiter Werke, und Olivia Buonvicini haben gekündigt. Aktuell befinden sich 14 ukrainische Flüchtling in der Gemeinde.

Thomas Parpan, Bau und APH Parc: «APH Parc läuft gut. Belegung ist gut. Es ist ein neues Phänomen zu beobachten: Das Altersheim wird als Feriendestination besucht. Budget ist auf Kurs. Neubau Seniorenzentrum kommt im Oktober in den Gemeinderat.» Im Bereich Bau ist Parpan an der wöchentlichen Bausitzung anwesend, die Planungskommission gehe vorwärts. Der Schlussbericht Parzelle Valbella stehe. In der Baukommission habe sich der Einsitz des Architekten sehr bewährt. Neu werde dieses Jahr die Stundenrapportierung der einzelnen Events aufgenommen, um die internen Kosten zu berechnen.

Kathrin Ott bezieht sich auf das Postulat Ferienbetreuung von Kindern Kibe Valbella. Hier solle bitte ein Bericht eingefordert werden.

Roland Berther hat eine Frage zur Zonenplanänderung: «Ist es so, dass, wenn jemand eine Bauparzelle hat, dies im Moment sistiert ist. Darf er da nicht bauen?»

Walter Büchi antwortet: «Das stimmt halb. Wenn jemand will, kann die Parzelle erfragt werden. Parzellen, die voraussichtlich ausgezont werden, für diese wird keine Baubewilligung erteilt. Parzellen, die in der Zone verbleiben, dürfen selbstverständlich bebaut werden.»

Roland Berther moniert, dass diesbezüglich keine Kommunikation stattgefunden habe.

Walter Büchi bejaht, dies sei korrekt. Es werde nicht aktiv informiert, in welche Richtung der Zonenplan gehe. Das Thema sei nicht ganz trivial. Im Übrigen sei es so, dass, wenn Einsprachen vorhanden seien, sowieso nicht gebaut werden könne. Dann dürfe keine Baubewilligung erteilt werden.

Roland Berther hält fest, dass dies faktisch eine Entwertung sei. Jetzt sei dies sistiert. Diese Information habe er nicht erhalten. Sei dies ein Holprinzip oder eine Holschuld? Hier müsse man doch proaktiv informieren.

Walter Büchi verweist auf den Prozess: «Wir sind am Anfang der Ortsplanungszone. Dann geht der Plan in die Vorprüfung. Heute haben wir relativ viel belassen. Es nützt doch nichts, wenn man bereits jetzt verweist, wenn der definitive Plan noch nicht vorliegt.» Büchi bietet an, das Thema bilateral zu erläutern.

Thomas Parpan ergänzt, dass eine Vorinformation den ganzen Prozess lediglich verkompliziere. Der Plan sei noch nicht einmal in der Vorprüfung.

Christoph Messmer fragt nach dem Stand der Dinge bezüglich Gemeindeführungsmodell.

Maurin Malär antwortet, dass sich die Kommission diesbezüglich in Kürze finden werde.

Kilian Margreth berichtet, dass das Strassenrettungsfahrzeug bis 16. Oktober 2022 bei Dr. Fierz stationiert ist.

Romano Paterlini erwähnt das Kita-Eröffnungsfest vom 27. August 2022. Zudem habe die Schule wieder begonnen. Zudem hätten alle Lehrer eine pädagogische Ausbildung, bis auf vier Lektionen. Von der Ausbildung her sollte es also eine gute Schule sein.

Beat Fausch berichtet, dass die Photovoltaikanlage im UW Muloin installiert wurde. Die Installation des Solarfaltdaches ARA sei für Herbst geplant. In Rahmen der Sitzung Energiestadt sei bestätigt worden, dass die Gemeinde mit erneuerbarer Energie gut unterwegs sei. Zum Wärmeverbund Valbella mehr im Oktober. Fausch verweist auf die Energiekrise – hier sei der Lead beim Bund. Der Einfluss der Gemeinde sei gering. Bei Sportzentrum seien die Flachdächer geflutet worden, um die Lecks zu sichten. 2023 werde ein Bauphysiker die Dächer untersuchen. Die Beschattung Südseite sei installiert.

Lenzerheide, 13. Oktober 2022

Christoph Messmer
Gemeinderatspräsidentin

Jeanne Richenberger
Gemeindeschreiberin